

## Besprechungen Adeson und Bevin

Washington (dpa). Die Außenminister Adeson und Bevin begannen am Dienstagabend mit der Erörterung zahlreicher welt-politischer Themen, zu denen vor allem das Eindämmen des Kommunismus in Europa und Asien und die Deutschlandfrage gehören.

Die Besprechungen der beiden Außenminister, die die ganze Woche andauern werden, beziehen sich auf folgende Fragen:

1. Vorschläge zu einem Friedensvertrag mit Japan.
2. Formulierung einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Politik gegenüber den chinesischen Kommunisten.
3. Vorkerkungen zur Verteidigung von Hongkong.
4. die wirtschaftliche Lage der Südostasiatischen Länder.
5. Nahost-Frage.
6. der Streit zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien.
7. die künftige Politik Griechenlands gegenüber Albanien.
8. das Deutschland-Problem einschließlich der Demontagefrage.

New York (dpa). Bevin und Adeson werden eventuell „gemeinsame Anschauungen“, die sie in ihren gegenwärtigen Besprechungen festlegen, höchstwahrscheinlich der UNO-Vollversammlung unterbreiten, wie die „New York Times“ am Mittwoch aus unterrichteten Kreisen erfährt. Die Ansichten der beiden Außenminister werden dem Blatt zufolge auch in einer inoffiziellen Sitzung des Außenministerrates, die möglicherweise einberufen wird, dargelegt werden. Es steht noch nicht fest, ob der Außenministerrat zusammengetreten werde. Man halte es jedoch für möglich, daß sich die vier Außenminister zumindest zusammensetzen, um darüber zu entscheiden, ob eine formelle Sitzung einberufen werden soll oder nicht.

Die „New York Herald Tribune“ berichtet, daß Bevin und Adeson am Dienstag folgende Punkte besprachen:

1. Die Bemühungen der UNO, zwischen Israel und den arabischen Staaten Frieden zu stiften, einschließlich der umstrittenen Frage der britischen Verpflichtung, einige der arabischen Staaten mit Waffen zu beliefern.
2. Möglichkeiten gemeinsamer Bemühungen um eine wirtschaftliche Stärkung des nahen Ostens.

## Englands Presse über die Washingtoner Ergebnisse

Der „Daily Worker“ behauptet, daß Großbritannien als Gegenleistung für einige geringe Zugeständnisse eine noch vollständiger amerikanische Beherrschung werde hinnehmen müssen.

Die „Times“ ist der Ansicht, daß die Washingtoner Finanz-Konferenz weder ein Erfolg noch ein Mißerfolg, sondern eine Warnung gewesen ist.

„Wenn man die im Kommuniqué enthaltenen zehn Punkte auf ihren greifbaren Wert prüft, so zeigen sie wenig Definitives. Andererseits wird sich fast mit Sicherheit aus einigen von ihnen beträchtlicher Nutzen ziehen lassen. Das Zehnpunkte-Programm wird neues Vertrauen erwecken und dadurch wahrscheinlich das Abfließen unserer Gold- und Dollar-Reserven noch weiter verlangsamen. Großbritannien aber muß aus dem Ergebnis der Konferenz die klare Lehre ziehen, daß von jenseits des Atlantik keine goldenen Eier mehr zu holen sind. Die Aufgabe, sein Defizit im Handel mit den Dollarländern zu beseitigen, ist in erster Linie Sache des Sterling-Gebietes selbst. Die Washingtoner Konferenz hat keine so dramatischen Ergebnisse gehabt, wie einige Leute erwarteten.“

Der „Daily Herald“, das Organ der Labour-Party, unterstreicht ebenfalls die Notwendigkeit erhöhter britischer Anstrengungen, bezeichnet aber die Washingtoner Besprechungen als erfolgreich. „Sie haben zu einem Abkommen über wichtige kurzfristige Maßnahmen geführt, die dazu beitragen werden, den Schwund der britischen Dollarreserven aufzuhalten. An der Bedeutung dieses Ergebnisses wird man in der Sowjetunion nicht vorübergehen können. Die sowjetischen Propagandisten haben vorausgesagt, daß die Westmächte sich durch bittere Wirtschaftsstreitigkeiten verfeinden würden. Es hat sich gezeigt, daß Stalins Berater im Irrtum waren.“

Die „Daily Mail“ schreibt: „Ein paar kurzfristige Probleme sind in Angriff genommen worden. Großbritannien wird bis zu den nächsten Parlamentswahlen weitermachen können, worauf es einigen unserer Minister offenbar ankommt. In den britischen Kolonien liegen große ungenutzte Reichtümer. Der Zinn und Gummi Malayas bringen uns mehr Dollars als alle unsere Fertigwaren zusammen. Man kann daher durchaus annehmen, daß das Dollardefizit des Sterlingblocks verschwinden wird, wenn jungfräuliche Gebiete durch amerikanische Investitionen erschlossen

# Dr. Adenauer zum Bundeskanzler gewählt

## Regierungserklärung am Dienstag

Bonn (dpa). Auf Vorschlag des Bundespräsidenten wählte der Bundestag Dr. Konrad Adenauer (CSU) mit 202 (Mehrheit von einer Stimme, eingerechnet drei mit Adenauer bezeichnete Stimmzettel) gegen 142 Stimmen bei 44 Enthaltungen und einem ungültigen Stimmzettel zum Bundeskanzler. 13 stimmrechtige Abgeordnete (4 CDU/CSU, 2 SPD, 2 WAV, 2 DP, 1 FDP, 1 BP und 1 KPD) fehlten. Der Bundestag wird am Dienstag die Bekanntgabe der Regierungsbildung und einer Regierungserklärung entgegennehmen. Er empfahl die Aussetzung des Verfahrens gegen Loritz und Onnen (FDP) bis zur Klärung der Rechtslage durch einen Ausschuß.

Der Ältestenrat stellte die Behandlung der SPD-Anträge bezüglich Demontage, Eingliederung Berlins als 12. Land in den Bund und Verlegung des Bundessitzes nach Frankfurt bis nach Abgabe der Regierungserklärung zurück. Adenauer erklärte, daß er eine Politik des sozialen und nationalen Ausgleichs anstrebe. Im Mittelpunkt seiner Innenpolitik stehe die Fortsetzung der sozialen Marktwirtschaft, erhöhte Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Wohnungsbau sowie Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Der Wohnungsbau und der Wiederaufbau im allgemeinen seien nur möglich, wenn ausländisches Kapital nach Deutschland fließe und wenn es ge-

linge, eine gesunde Steuerreform zu verwirklichen. Der Frieden in Europa könne nur durch eine Politik europäischer Einheit gesichert werden. Aus politischen und wirtschaftlichen Überlegungen sei zunächst eine Revision der Demontagepolitik erforderlich, da die Demontagen den Wiederaufbau nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas erschweren. Die Bundesregierung beabsichtige vor allem, die Rechtsverhältnisse in den drei Zonen, soweit sie nicht in den Zuständigkeitsbereich der Länder gehören, einander anzugleichen. Die Wirtschaftsrechts-Gesetze müßten den neuen Verhältnissen angepaßt werden. Koalitionsregierungen gegensätzlich orientierter Parteien würden meist die Gefahr der Zersplitterung in sich bergen. Es sei deshalb besser, wenn eine der Parteien in die Opposition gehe u. die andere die Regierung übernehme.

Er hoffe, daß die Koalitionsverhandlungen mit der FDP und der DP in verhältnismäßig kurzer Zeit beendet sein werden. Voraussichtlich könne die Bundesregierung am Dienstag dem Parlament vorgestellt werden. Unser Ziel ist der Wohlstand Deutschlands und Europas. Die CDU/CSU werde künftig der stärkste Träger in der Koalitionsregierung sein. Sie müsse der Motor für den Wiederaufbau werden.

## Dr. Adenauer für Revision der Demontagepolitik

London (dpa). In einem von dem liberalen „News Chronicle“ am Dienstag veröffentlichten Interview fordert Dr. Adenauer eine Revision der Demontagepolitik. Er wirft ferner der britischen Regierung vor, die Ausdehnung des sozialistischen Einflusses in Deutschland zu unterstützen.

Zu den Verdächtigungen, daß er auf diplomatischem Wege einen Keil zwischen Großbritannien und Frankreich treibe, erklärte er: „Ich habe niemals versucht, etwas derartiges zu tun. Ich halte eine solche Politik für falsch. Nur ein geeintes Westeuropa kann die Errichtung eines neuen Europa sichern. Die britische Regierung und die öffentliche Meinung Großbritanniens müssen aber die Tatsache anerkennen, daß Großbritannien eine europäische Macht ist. Seine Geschichte ist mit der Westeuropas verbunden und Großbritannien ist pflichtgemäß daran gebunden, seine Rolle in der europäischen Entwicklung zu spielen.“

Zu dem Verhalten der britischen Regierung in der britischen Besatzungszone Deutschlands erklärte Dr. Adenauer: „Ich beschuldige die britische Regierung, die Ausdehnung des sozialistischen Einflusses in Deutschland durch direkte Verbindungen zu der SPD Dr. Schumachers, dem deutschen Rundfunk, den deutschen Presseagenturen und zu der offensichtlich britischen Zeitung „Die Welt“ offen zu unterstützen. Deutsche Sozialdemokraten wurden in die Leitung und Kontrolle dieser Organe unter Ausschluß anderer deutscher Parteien befördert. Ich muß mich einem derartigen Verhalten entgegenstellen.“

Ferner sagte Dr. Adenauer: „Wenn es das erste Ziel der Ruhrbehörde ist, deutschen Organen Zutritt zu dem weiteren Bereich der europäischen Wirtschaft zu verschaffen und wenn die Funktionen der militärischen Sicherheitsbehörde auf Sicherheitsmaßnahmen beschränkt bleiben, habe ich nichts dagegen einzuwenden. Ich erkenne diese Kontrolle an.“

Zur Frage der europäischen Einheit: „Ich teile die Ansicht Churchills, daß ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich ein sehr wichtiger Faktor zur Entwicklung eines friedlichen Europas darstellt.“

werden. Aber um welchen Preis! Das Empire würde praktisch in amerikanischen Besitz übergehen.“

Die ebenfalls konservative „Yorkshire Post“ schreibt dagegen, es sei zwar richtig, daß private amerikanische Investitionen gefördert werden sollten und daß die meisten davon voraussichtlich wirtschaftlich unerschlossenen Gebieten zugute kommen würden. „Aber daraus folgt noch nicht, daß sich irgend ein Dollar-Imperialismus entwickeln wird.“

## Wyschinski reist nach USA

Washington (dpa). Der sowjetische Außenminister hat bei der amerikanischen Botschaft in Moskau ein Einreisevisum zur Teilnahme an der nächsten UNO-Vollversammlung in New York beantragt, wie am Dienstag von einem Sprecher des USA-Außenministeriums bekanntgegeben wurde.

## Tel Aviv hat bisher nicht entschieden

Tel Aviv (dpa). Ueber den neuen Plan der UNO-Versöhnungskommission für die Zukunft Jerusalems, der am Dienstag in Lausanne veröffentlicht wurde, hat das israelitische Kabinett noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Nach einer Kabinettsitzung am Dienstagabend wurde in einem Kommuniqué bekanntgegeben, daß eine endgültige Stellungnahme Israels zu dem neuen Plan erst nach der Debatte in der UNO-Vollversammlung erfolgen werde.

## London ist skeptisch und Schumann zweifelt

London (dpa). Die Meldung des Londoner „Observer“ über eine bevorstehende Aenderung der sowjetischen Außenpolitik entbehrt nach Ansicht amtlicher Londoner Kreise jeder Grundlage. Das Blatt hatte am Sonntag aus Wien gemeldet, daß die Sowjetunion auf Anregung Stalins ihre Pläne zur „Kolonisierung“ Mittel- und Osteuropas aufgeben wolle, lediglich Rumänien solle eine Ausnahme bilden.

Zuständige Londoner Kreise glauben nicht, daß die sowjetische Regierung plötzlich beschlossen hat, den Westmächten Konzessionen zu machen. Im Gegenteil scheine alles darauf hinzudeuten, daß die sowjetische Diplomatie sich weiterhin bemüht, durch Unterhöhnung und Opposition neue Zugeständnisse von den Westmächten zu erlangen.

Paris (dpa). Außenminister Schuman, der sich auf der Reise nach New York befindet, erklärte an Bord seines Schiffes einem Vertreter des „Figaro“, er sei nicht in der Lage festzustellen, ob die Meldung des „Observer“ die wahren Absichten der Sowjetregierung wiedergäbe. Sicher sei jedoch, daß gewisse Grundsätze des Übereinkommens von Jalta, wie die Bildung aus freien Wahlen hervorgegangener Regierungen in den Ländern Osteuropas, von der Sowjetunion nicht beachtet wurden. „Die Verletzungen des Abkommens von Jalta begannen im Jahre 1945 in Rumänien und führten bis zu den Ereignissen in Prag im Jahre 1948. Wenn es wirklich die Absicht der Sowjetunion ist, eine Fühlungnahme auf der Grundlage von Jalta aufzunehmen, so bestände eine wirkliche Möglichkeit, die Beziehungen zwischen Ost und West zu verbessern, die sich wegen der von Moskau in den Ländern jenseits des eisernen Vorhangs verfolgten politischen Linien verschlechtert haben.“

Zu dem Gedanken einer Außenministerkonferenz im Oktober in New York erklärte Schuman, es sei lediglich möglich, daß die vier Außenminister zu Beratungen über den österreichischen Staatsvertrag zusammenzutreten würden. Voraussetzung hierfür sei, daß die Sonderbeauftragten ein vorläufiges Übereinkommen erzielt. Von einer Sitzung des Außenministerrates über Deutschland sei niemals die Rede gewesen. In der Pariser Außenministerkonferenz sei lediglich festgelegt worden, daß die vier Mächte anlässlich der UNO-Vollversammlung in New York eventuell den Termin für eine neue Außenministerkonferenz festlegen sollten. Es sei im Augenblick unmöglich, vorauszusagen, ob eine Zusammenkunft vereinbart werden würde.

Mit Adeson, sagte Schuman, werde er die Frage der italienischen Kolonien, das deutsche Problem, die aktuellen Währungsprobleme und das Programm der UNO-Vollversammlung besprechen.

## Freundeskreis Strassers dementiert

Frankfurt (dpa). Der Freundeskreis Otto Strassers dementiert Mittwoch die Äußerung des ehemaligen DRP-Landesvorsitzenden in Niedersachsen, Schlüter, wonach zwischen der DRP und dem Freundeskreis enge Beziehungen bestünden und ein „Neofaschismus“ groß gezogen würde. Die Erklärung des Freundeskreises ist von Kurt Sprengel unterzeichnet, der sich als offizieller Vertreter Strassers bis zu dessen Rückkehr nach Deutschland bezeichnet.

Der ehemalige DRP-Vorsitzende Schlüter hatte kürzlich seinen Austritt aus der Partei damit begründet, daß die Leute Strassers wachsenden Einfluß auf die DRP ausübten.

London (dpa). Die Gründung der „Gesellschaft der Freunde Otto Strassers“ in Düsseldorf wird von der britischen Presse am Mittwoch scharf kritisiert. Die konservative „Evening News“ sagt dazu: „Die Deutschen sind unverbesserlich. Wir müssen auf der Hut sein.“ Die liberale „News Chronicle“ befürchtet, daß die alliierten indem sie Deutschland freigelassen hätten, sich leicht als unkontrollierbar erweisen könnten. Die militärische Sicherheitsbehörde müsse unbedingt zu einem wirkungsvollen Instrument gemacht werden.“

## General Clay schuf Voraussetzung für Bonn

Frankfurt (dpa). Der amerikanische Oberkommissar McCloy stellt in einem Telegramm an den ehemaligen Militärgouverneur General Clay fest, daß keine deutsche Regierung Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, wenn Clay nicht die zahlreichen hindernden Probleme aus dem Wege geräumt hätte.

„Die neue Regierung tritt das Erbe Ihrer Leistungen an“, so heißt es in dem Telegramm, „und während der Feierlichkeiten in Bonn fühlte man Sie geistig anwesend, auch wenn Sie nicht persönlich dabei waren.“ Die deutsche Regierung könne für seine vorbereitende Arbeit ewig dankbar sein.